



AUS DER REGION FÜR DIE REGION

Interview mit Heike Barth (l.), Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Integrationsfachdienste (IFD) und Leiterin des IFD Wiesbaden-Rheingau-Taunus, sowie Maria Stillger, LWV-Regionalmanagerin, verantwortlich für das IFD-Netzwerk in Hessen

Frau Stillger, wie wichtig sind für Sie die Integrationsfachdienste?

Maria Stillger: Sie sind ein ganz wichtiger Partner. Man könnte sagen, die IFD sind der verlängerte Arm des Integrationsamtes. Sie bearbeiten die Region aus der Region. Die IFD haben die Übersicht über Betriebe und Netzwerke vor Ort. Wenn sich jemand an sie wendet, klären sie vorab, wer Leistungsträger ist: das LWV-Integrationsamt, die Arbeitsagentur oder ein Reha-Träger. Bei Fällen, in denen wir Auftraggeber sind, treten wir vor Ort gemeinsam auf und stimmen uns ab. Unser gemeinsames Ziel ist es, den Arbeitsplatz einer oder eines schwerbehinderten Beschäftigten zu erhalten.

Heike Barth: Wir bieten ebenso einzelfallunabhängige Beratungen für Schwerbehindertenbeauftragte und Personalverantwortliche an, geben ihnen Handwerkszeug mit auf den Weg. Die Schwerbehindertenvertretungen sind wichtige Partner im Betrieb, um gute Lösungen im Einzelfall zu finden.

Auf welchen Wegen kommen die schwerbehinderten Menschen zu Ihnen?

Barth: Auf Anraten von Arbeitgebern und betrieblichen Helfern. Jeder Vierte ergreift selbst die Initiative. Andere werden zum Beispiel von Kliniken, Reha-Trägern, anderen Beratungsstellen oder von der Arbeitsagentur geschickt.

Stillger: Wenn jemand bei uns anruft und sein Problem schildert, dann können wir in vielen Fällen sagen: „Gehen Sie zunächst zum IFD.“ Dieser übernimmt eine Lotsenfunktion.

Wie lange dauert eine Unterstützung durch den IFD?

Barth: Das ist unterschiedlich. Manchmal bedarf es nur weniger Gespräche. Wenn jemand zum Beispiel wissen will, wo er einen Schwerbehindertenausweis be-

kommt oder einen Antrag auf Gleichstellung mit Schwerbehinderten stellen kann, unterstützen wir bei der Antragstellung beim Versorgungsamt oder der Agentur für Arbeit. In anderen Fällen gibt es den Wunsch nach einer Beratung, wie man mit einer bestimmten betrieblichen Situation umgeht. Hier reichen oftmals ein bis fünf Gespräche, um das Anliegen zu besprechen. Und wenn notwendig, kann dann eine längerfristige Begleitung über ein, zwei Jahre initiiert werden. Dem müssen die Leistungsträger zustimmen. Das ist sehr häufig das Integrationsamt, das können auch deutsche Rentenversicherungen, Unfallkassen, Berufsgenossenschaften oder die Agenturen für Arbeit sein. Übrigens: Wir sind auch Ansprechpartner für Menschen, die einen Arbeitsplatz suchen.

Stillger: Wir würden uns wünschen, dass andere Leistungsträger die Angebote des IFD mehr nutzen würden.

Wie sieht die Zusammenarbeit des IFD mit anderen aus?

Barth: Wir sind regional gut vernetzt, arbeiten mit Ärzten zusammen – zum Beispiel wenn unsere Berater bei Klienten mit psychischer Beeinträchtigung den Eindruck haben, dass die medizinische Versorgung nicht ausgereizt ist. Vorausgesetzt der Klient stimmt zu. Wir arbeiten mit Beratungsstellen, etwa Schuldner- und Suchtberatungen zusammen, mit Fachanwälten, Kliniken, JobCoaches. Wir haben den Blick darauf, welche Faktoren neben der Behinderung eine Rolle spielen.

Welche Rolle hat das LWV Hessen Integrationsamt? Ist es nur Kostenträger?

Stillger: Nach dem Sozialgesetzbuch IX ist es unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass es flächendeckend niedrigschwellige Anlaufstellen gibt. Derzeit gibt es 34 IFD in

Hessen, die bei freien Trägern angesiedelt sind. Wir schließen eine Dienstleistungsvereinbarung mit ihnen. Sie sind zuständig für Menschen, die von Behinderung bedroht, behindert, schwerbehindert oder Schwerbehinderten gleichgestellt sind. Es gibt übrigens auch IFD, die besonders auf die Situation hörgeschädigter Menschen eingehen können. Die bieten Kommunikationswege wie Gebärdensprache oder Bildtelefon an, wissen, was man beim Gespräch beachten muss und welche Hilfsmittel oder Unterstützungsmöglichkeiten es gibt.

Wir prüfen auch, ob ein IFD alle Vorgaben erfüllt: Er muss ein Büro in gut erreichbarer Lage haben, damit der Zugang niedrigschwellig ist. Er muss wirtschaftlich eigenständig sein. Er muss über erfahrenes und qualifiziertes Personal verfügen und alle Qualitätsstandards einhalten. Unsere Prüfgruppe beim Integrationsamt kontrolliert das.

Welche Veränderungen sehen Sie in der Zukunft?

Stillger: Die Integrationsfachdienste haben es schwer, geeignete Fachkräfte zu finden. Bisher fordern wir die Qualifikation als Sozialpädagoginnen und -pädagogen oder Sozialarbeiter. Personen mit nachgewiesenen Erfahrungen in angrenzenden Berufsfeldern, Psychologen, Heil-, Arbeits- oder Reha-Pädagogen, sowie Quereinsteiger, die sehr viel Erfahrung im Umgang mit Betrieben haben und eine Beratungsausbildung vorweisen können, sind künftig auch denkbar.

Außerdem wird in Zukunft der Übergang Schule – Beruf bei schwerbehinderten Jugendlichen noch mehr im Fokus stehen. Das ist eine wichtige sozialpolitische Aufgabe. Aus dem Handlungsfeld 1 der Initiative Inklusion soll eine regelhafte Förderung werden. Da werden die IFD eine wichtige Rolle einnehmen.

● Das Gespräch führte Elke Bockhorst